

Solidarität mit geflüchteten Menschen – Willkommenskultur gemeinsam gestalten

Wir ermutigen den BUND, aktiv am gesellschaftlichen Diskurs zum Themenkomplex Flucht und Migration teilzuhaben und Fragestellungen mit Schnittstellen zum Umwelt- und Naturschutz zu diskutieren und zu stärken. Dazu soll der BUND auch auf Organisationen und Verbände zugehen, deren Kernthema dieser Themenkomplex ist, um sich auszutauschen und auf Basis dessen eine eigene Expertise zu erarbeiten.

- **Solidarität mit Geflüchteten!** Der BUND heißt geflüchtete Menschen in Deutschland willkommen.
- **Teilhabe ermöglichen!** Der BUND sollte Angebote schaffen, die ökologischen Zusammenhänge und die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung den geflüchteten Menschen, die in Deutschland bleiben, zu vermitteln. Geflüchtete Menschen müssen die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe bekommen. Wir ermutigen unsere Mitglieder und Aktiven, sich für geflüchtete Menschen einzusetzen und vor Ort zu helfen, sei es mit direkter Hilfe und Unterstützung, gemeinsamen Aktivitäten, mit Sach- oder Geldspenden und/oder argumentativ im gesellschaftlichen Diskurs.
- **Interkulturelle Öffnung vorantreiben!** Der BUND begrüßt eine Gestaltung seiner eigenen Angebote im Sinne einer interkulturellen Öffnung ausdrücklich. Dazu ist z.T. schon Expertise vorhanden, s. beispielsweise die Arbeitshilfe „Veranstaltungen mit Geflüchteten“¹ der Bildungsoffensive des BUND NRW.
- Der BUND tritt entschieden jeglichem Rassismus² entgegen.
- **Macht der Sprache anerkennen!** Der BUND achtet darauf, in seinen Publikationen Formulierungen die den Geflüchteten ihre Würde und Menschlichkeit absprechen, zu vermeiden. Der BUND reflektiert sein eigenes Wording, um solche abwertenden Tendenzen nicht zu reproduzieren.
- **Fluchtursachen bekämpfen!** Es ist ein dramatischer Zustand, wenn Menschen auf Grund äußerer Umstände, wie z.B. Kriege, Waffenexporte aus Deutschland, dem Landgrabbing und der Existenzbedrohung durch unfaire Welthandelsstrukturen, gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen. Die Politik ist gefordert, auf nationaler und internationaler Ebene Fluchtursachen ambitioniert zu bekämpfen!

¹ s. PDF: <http://tinyurl.com/g829txf>

² Wir empfehlen eine Auseinandersetzung mit dem Begriff. Rassismus ist z.B. nicht dasselbe wie "Ausländerfeindlichkeit" oder "Fremdenfeindlichkeit" und impliziert immer ein gesellschaftlich-politisches Mächteungleichgewicht. s. Bericht Deutschlandfunk: <http://tinyurl.com/o477ckf>

- **Partizipation bei temporären Unterkünften!** Der BUND bittet alle Einwohner*innen in Europa, temporär Wohnraum für Geflüchtete zur Verfügung zu stellen. Damit kann Integration bestmöglich gelingen. Darüber hinaus müssen für temporäre Unterkünfte prioritär geeignete leerstehende öffentliche und gewerbliche Immobilien sowie geeignete Freiflächen (insbesondere versiegelte) geprüft werden. Die "Sonderstellungen für Flüchtlingsunterkünfte", wie sie in §246 BauGB am 20.10.15 festgeschrieben wurden, dürfen nicht dazu verwendet werden, Naturschutzgebiete auf diese Weise zu nutzen. Eine Nachnutzung nach 2019 kann zu einer endgültigen Beseitigung dieser Schutzgebiete führen. Diesem Missbrauch muss der BUND entgegen wirken. Bei der Standortfindung und Konzeption sollten Bürger*innen und Verbände zügig eingebunden werden. Dies bietet auch die Chance, frühzeitig gezielte Unterstützungsangebote durch bürgerschaftliches Engagement zu entwickeln.
- **Nachhaltige und soziale Wohnraumpolitik gestalten!** Für Deutschland wird allein im Jahr 2015 mit 800 000 geflüchteten Menschen gerechnet³. Langfristige Unterbringung von geflüchteten Menschen, sozialer Wohnungsbau sowie Naturschutz- und Biodiversitätsanliegen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Örtliche Voraussetzungen von Integration und Teilhabe in der zukünftigen Wohnraumpolitik sollten mit Natur- und Umweltschutzziele verbunden werden. Der BUND fordert eine sofortige und signifikante Ausweitung der Programme zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, die bauenergetische Standards und mind. das 30-Hektar-Ziel einhalten. Dafür sollen vorrangig kleinteilige, ungenutzte, leerstehende Flächen in Innenstädten herangezogen werden, um so einerseits Integration zu erleichtern und zudem eine weitere Versiegelung von Grünflächen durch abgeschottete Ansiedlungen von Geflüchteten und sozial Benachteiligten zu verhindern.
- **Menschenrecht auf Asyl durchsetzen!** Der BUND fordert legale Einreisemöglichkeiten in die EU. Es ist ein untragbarer Zustand, dass Menschen ihr Leben riskieren müssen, um ihr Menschenrecht auf Asyl wahrnehmen zu können. Der BUND fordert, die internationale Anerkennung des Rechtsstatus von Umwelt- und Klimaflüchtlingen.
- **Europäische Verantwortung teilen!** Unter Berücksichtigung der individuellen Situation der Geflüchteten muss eine angemessene Verteilung über die gesamte EU gewährleistet werden.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Bundesdelegiertenversammlung
Bad Hersfeld, 22. November 2015

3 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2015